



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

EU demokratisch, bürgernah und transparent gestalten – Beteiligung gewählter Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Kommunen und Regionen bei der geplanten „Konferenz zur Zukunft Europas“ sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Initiative der künftigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Einrichtung einer „Konferenz zur Zukunft Europas“.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen ihr zur Verfügung stehenden Wegen dafür einzusetzen, dass

1. im Mandat der „Konferenz für die Zukunft Europas“ verbindlich verankert wird, dass diese sich mit Fragen der demokratischen, bürgernahen und transparenten Ausgestaltung der europäischen Institutionen und Entscheidungsprozesse befasst,
2. gewählte Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Mitglieder regionaler Parlamente ein gesichertes und substanzielles Mitspracherecht im Rahmen der Konferenz erhalten,
3. im Mandat der „Konferenz für die Zukunft Europas“ verbindlich verankert wird, dass die Vorschläge dieser Konferenz in Gesetzesinitiativen der EU-Kommission münden.

Begründung:

Die Erfahrung zeigt, dass Politik besonders dann gute Resultate produziert, wenn sie möglichst basisdemokratisch und bürgernah gestaltet wird. Gleichzeitig wird häufig ein Demokratiedefizit des aktuellen institutionellen Aufbaus der Europäischen Union bemängelt, ihre Entscheidungen werden als „top-down“ wahrgenommen. Wichtige Entscheidungsträger, einschließlich der künftigen EU-Kommissionspräsidentin, sind nicht direkt vom Volk in Wahlen legitimiert.

Vor diesem Hintergrund ist die Initiative von der Leyens, eine „Konferenz zur Zukunft Europas“ einzurichten, zu begrüßen – sofern diese zum Ziel hat, auch die künftige institutionelle Verfasstheit der Europäischen Union zu beraten und diese demokratischer, bürgernäher und transparenter zu gestalten. Dies gilt es sicherzustellen. Ebenso begrüßenswert ist von der Leyens erklärte Wertschätzung für das demokratische System Europas, welches direkt gewählte Abgeordnete auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene mit gewählten Staats- und Regierungschefs zusammenbringt.

Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ hat eine einmalige Chance, dieses europäische demokratische System zu stärken – dafür ist allerdings eine möglichst breite Beteiligung nötig. Neben den im Vorschlag der künftigen EU-Kommissionspräsidentin bereits na-

mentlich erwähnten Bürgerinnen und Bürger, der Zivilgesellschaft und der europäischen Institutionen ist es wichtig, dass gewählte Vertreter und Vertreterinnen von Kommunen und Mitglieder regionaler Parlamente als bürgernahe und demokratisch legitimierte politische Ebenen substanziell mit einbezogen werden. Bislang ist die Beteiligung der lokalen und regionalen Ebenen in europäischen Entscheidungsprozessen meist eine innerstaatliche Angelegenheit. Die aktuellen formellen Befugnisse, etwa des Ausschusses der Regionen, entsprechen schon lange nicht mehr der gewachsenen Bedeutung von Regionen und Kommunen als kulturelle Bezugsebenen und zentrale Umsetzungsinstanzen von EU-Recht. Eine Stärkung dieser Mitspracherechte liegt auch im eigenen Interesse des Freistaates Bayern.

Damit die Konferenz nicht im Reden verharret, sondern konkrete Ergebnisse liefert, ist es weiter wichtig, dass der verbindliche Charakter ihrer Empfehlungen bereits im Mandat der Konferenz festgeschrieben wird. Auch die Änderung der Europäischen Verträge darf hier kein Tabu sein.